

2. Erklärungsansätze der Parteienforschung im Osteuropa-Kontext

Nachfolgend werden die theoretische Ansätze, die sich mit der Entstehung und den Entwicklungsbedingungen der osteuropäischen Parteiensysteme beschäftigt haben, kurz dargestellt. Dabei ist festzustellen, dass sich Vertreter von sehr unterschiedlichen Richtungen und wissenschaftlichen Schulen dieses Themas angenommen haben. Es handelt sich – nach Segert (1993) – um die zeitgeschichtlich-kulturelle und die empirisch-analytische Schule. Beyme (1994b) spricht von der historisch-interpretativen und der variablen-orientierten Forschungsmethode. Dabei wird das angebotene theoretische Instrumentarium unter dem Aspekt seiner Brauchbarkeit für Polen und für diese Arbeit fokussiert. Anschließend erfolgt die ausführliche Explikation des strukturellen Ansatzes der vorliegenden Studie. Trotz einer Reihe alternativer Erklärungsansätze gilt die Ausrichtung an gesellschaftlichen Interessen als unverzichtbare Variable für die Erklärung des Entstehens von Parteien und Parteiensystemen. Auch im Kontext des postsozialistischen Systemwechsel ist für die Autoren von Überblickswerken (Beyme 1994, Merkel 1997b, Segert/Stöss 1997) in erster Linie der „klassische“ *cleavage* Ansatz relevant.

2.1. Die historisch-interpretative Schule

Die Forscher dieser Schule konzentrieren sich auf die Herausarbeitung des Spezifischen und Einmaligen für Osteuropa. Diese Schule stützt sich auf die Kenntnis der kulturellen und historischen Prämissen und eine Bewertung ihrer Bedeutung für die Gegenwart. Sie ermöglicht die Konzentration auf Einzelfälle und bildet eine gute Grundlage für das Verständnis von untypischen, abweichenden Prozessen. Das Vorgehen bei dieser Schule ist hauptsächlich deskriptiv. Charakteristisch sind entweder Einzelfallstudien oder Analysen einer kleinen Zahl zu vergleichender Objekte.

Osteuropäische Parteien(systeme) waren und sind Gegenstand intensiver Forschungen von nationalen und „externen“ Wissenschaftler/inne/n, die sich einer großen Vielfalt von theoretischen Konzepten, Untersuchungsansätzen und Fragestellungen bedienen. Anfänglich dominierte eine Art *process approach* (Bielasiak 1997: 28), der sich in Untersuchungen mit zumeist deskriptiv-illustrativem Charakter niederschlug, die auch heute noch wertvolle Informationsquellen für weitere, auch theoretisch fundierte Analysen darstellen. Einen sehr verbreiteten Versuch, die Ereignisse in Osteuropa in den 80er und 90er Jahren zu deuten, stellt die Interpretation im Sinne der *transition to democracy* dar. Sie kann als Teil der historisch-interpretativen Schule mit einem entschieden stärkeren, theoretischen Fundament betrachtet werden. Entstanden ist dieser Ansatz auf der Basis der Erforschung der Demokratisierungsprozesse in Südeuropa und Lateinamerika (O'Donnell/Schmitter/Whitehead 1986, Kraus 1990). Er stützt sich in seinem Vorgehen auf die Erkenntnis, dass es sich bei einer *transition to democracy* um drei einander folgende Phasen - Liberalisierung,

Demokratisierung, Konsolidierung – handelt. Dieser Ansatz wird auch im osteuropäischen Kontext bemüht (u.a. Przeworski 1990, Ágh 1993). Im Falle Osteuropas wird häufig auf die Ungewissheit des Ausganges der Transformation hingewiesen, die in autoritären Regimen münden können⁷ (Beyme 1994c). Nach Przeworski (1990: 190) ist die Herausbildung von Parteien, die die Konflikte in der Gesellschaft institutionalisieren und damit die Grundlage für die demokratische Ordnung schaffen, von sehr großer Bedeutung. Es gibt aber wichtige Merkmale, die bestimmte Elemente der Theorie der *transition to democracy* problematisch oder nicht ausreichend erscheinen lassen. Deshalb gilt die Theorie mittlerweile in ihrer Erklärungskraft für Osteuropa als begrenzt. Für die Beschreibung der Veränderungen in Polen nach 1989, die sehr rasch vor sich gingen und oft unerwartete Ereignisse und neue Akteure auf die Bühne brachten, ist es jedoch von großem Vorteil, wenn man über Abläufe und deren Hintergründe ausführlich und kompetent informiert ist. In dieser Arbeit stellt das Dreiphasenmodell den äußeren Rahmen für die Darstellung der Ereignisse, Akteure, Motive und Kulissen, die bei der Herausbildung des polnischen Parteienspektrums wichtig waren, dar.

Im Zentrum der Diskussion steht hier das Verhältnis von gesellschaftlichen Konflikten und Parteiensystem und insbesondere die Frage, ob die existierenden politischen Spannungslinien eine Erklärungskraft für die Positionen der Parteien in der EU-Beitrittsfrage haben. Daher sind die Ansätze der empirisch-analytischen Schule, deren Interesse vor allem einer strikten Theorieüberprüfung gilt, am besten zur Überprüfung der in dieser Arbeit aufgestellten Thesen geeignet. Diese Schule ist grundsätzlich variablenorientiert. Sie kann nur im Rahmen von Generalisierungen Antworten auf das Verhältnis dieser Variablen auf die gestellten Untersuchungsfragen geben. Dabei bleiben die abweichenden und spezifisch historischen Aspekte unberücksichtigt. In Bezug auf Polen können Ansätze dieser Theorie, die die Auswirkungen der Konfliktlinien auf die Mobilisierung von politischer Aktivität und Entstehung von neuen Parteien untersuchen, angewandt werden.

2.2. Die empirisch-analytische Strömung

Eine systematisch-vergleichende Erklärung von Parteiensystemstrukturen ist freilich auch außerhalb des osteuropäischen Kontextes alles andere als einfach (Grotz 2000: 42). Dies hängt mit der Tatsache zusammen, dass ein Parteiensystem niemals aus einem einmaligen, bewussten Gestaltungsakt resultiert. Während etwa die Etablierung spezifischer Akteure zurückgeht, wird die Genese und Entwicklung eines Parteiensystems von einer Vielzahl historischer, sozioökonomischer und politisch-institutioneller Faktoren beeinflusst (Beyme 1994a: 278). Angesichts der Komplexität des Untersuchungsgegenstandes haben sich in der auf Westeuropa bezogenen Parteienforschung drei

⁷ Zu solchen grundsätzlichen Unterschieden zwischen den früheren Transformationsprozessen und der Demokratisierung Osteuropas gehört der zwischen einem Regimewechsel (Südeuropa und Lateinamerika) und einem Systemwechsel. Dazu kommt, dass die Militärs und externe Akteure nur geringen Einfluss auf die post-sozialistische Entwicklung hatten (Grotz 2000: 29).

Typen theoretischer Ansätze herausgebildet, die jeweils spezifische Variablen zur Erklärung von Parteiensystemstrukturen heranziehen. Segert (1993: 66) unterscheidet drei theoretische Ansätze, die im Rahmen der empirisch-analytischen Schule in Osteuropa angewandt werden:

1. die institutionelle Analyse,
2. die *rational choice* Analyse,
3. die soziostrukturelle Analyse.

Alle drei Erklärungsansätze sind für den Osteuropa-Kontext nützlich, da sich die meisten osteuropäischen Parteiensystemanalysen einer der vorgestellten Herangehensweisen zuordnen lassen oder zumindest Theorieelemente aus den einzelnen Bereichen kombiniert haben (vgl. Stöss/Segert 1997: 386ff). Im Folgenden geht es zunächst darum, ausgewählte akteurzentrierte und institutionelle Ansätze im Hinblick auf ihre spezifische Erklärungskraft zu würdigen, bevor dann der soziostrukturelle Ansatz, der für diese Arbeit ausgewählt wurde, in extenso thematisiert wird.

2.2.1. Institutionelle Analyse

Die institutionalistische Parteiensystemforschung untersucht die Parteienbildungsprozesse als Resultat bestimmter Konstellationen institutioneller Faktoren. Als zentrale Variablen gelten hier juristische Restriktionen hinsichtlich der Bildung und Rechtmäßigkeit der Parteien (Verfassungsgesetzgebung, Parteiengesetze) und der Wahlen (Wahlordnungen). Die institutionsbezogene Analyse hat dem Wahlsystem große Erklärungskraft für die Struktur und Stabilität eines Parteiensystems zugeschrieben. Dabei wurden Wahlsystemtypen (Verhältnisswahl, absolute und relative Mehrheitswahl) und Parteiensystemtypen (Zweiparteiensysteme vs. Vielparteiensysteme) lange Zeit in ein gesetzmäßiges Verhältnis zueinander gestellt (Duverger 1959). Neuere komparative Forschungen haben zwar gezeigt, dass kein deterministischer Kausalzusammenhang zwischen Wahl- und Parteiensystem besteht (Nohlen 1990). Dennoch gilt die Form des Wahlsystems in der international-vergleichenden Politikforschung nach wie vor als eine der wichtigsten Einflussgrößen auf die Parteiensystemstruktur (Lijphart 1994: 1).

Im Osteuropa-Kontext werden auch die institutionellen Determinanten, die im *ancien régime* oder der Geschichte davor liegen als nicht völlig irrelevant für das neue Parteiensystem angesehen.⁸ Die Wahlordnung allein ist sicherlich nicht der wichtigste Faktor, der über die politische Szene entscheidet, doch darf man ihren Einfluss auf die endgültige Zusammensetzung des Parlaments nicht unterschätzen. Wahlen setzten in den 90er Jahren Zäsuren im politischen Leben Polens, änderten

⁸ Von Bedeutung ist hier das Blockparteiensystem, von dem in jedem Land Osteuropas mindestens die Nachfolgepartei der Staatspartei auf der Bühne geblieben ist. Es gibt aber auch andere Beispiele wie z.B. die ehemaligen SED-Satelliten in Ostdeutschland oder die *Polnische Bauernpartei* - PSL, deren Erfolge an die Stärke des Vorkriegsagrarismus in Polen anknüpfen kann.

mehrfach die politischen Mehrheitsverhältnisse und trugen gerade durch die von allen politischen Kräften anerkannten Ergebnisse zur Konsolidierung des neuen Systems bei (Zimer/Wojtaszczyk 2003: 177).⁹

Für diese Studie sind Wahlen insofern interessant, als dass sie die entscheidenden Trennlinien des politischen Systems markieren. Die Wahlprogramme können in dieser Hinsicht als bedeutende Dokumente der historischen Mobilisierungsphase betrachtet werden. Sie sind Zeugnisse der Politisierung bestimmter gesellschaftlicher Probleme zu bestimmten Zeiten und sind damit eine gute empirische Grundlage für die vorliegende Untersuchung. Die Bedeutung der institutionellen Ansätze im Hinblick auf die Analyse von Demokratisierungs- und Konsolidierungsprozessen in Osteuropa ist von der Transitionsforschung zwar erkannt worden (Beyme 1999: 295ff), erscheint jedoch im Hinblick auf das Anliegen dieser Studie als wenig anwendbar. Deshalb soll ein Ansatz gewählt werden, der einerseits die Rahmenbedingungen der politischen Entwicklung, der politisch-kulturellen sowie der sozioökonomischen Bedingungen und andererseits das Verhalten der parteipolitischen Eliten berücksichtigt.

2.2.2. Rational choice Analyse

Das Verhalten von politischen Akteuren lässt sich im Rahmen der ökonomischen Theorie der Politik, die auf der Basis einer Konzeption von Schumpeter (1980, zuerst 1942) und von Downs (1968) entwickelt wurde, untersuchen. Das Wesen dieser Theorie besteht in der Übertragung des Prinzips der ökonomischen Nutzenmaximierung auf die Politik.

1. Politische Parteien – und von diesen getragene Regierungen – handeln in einer Demokratie ausschließlich aus dem Beweggrund, die Regierungsmacht zu erreichen, auszuüben und zu behalten (...);

2. Die Bürger in so regierten Demokratien verhalten sich rational und sind ebenfalls in ihrer politischen Aktivität, besonders beim Wahlakt, nur durch die Maximierung ihres individuellen privaten Nutzens motiviert (Downs 1968: 289)

Dieser Typ von Ansätzen erklärt die Struktur und Entwicklung von Parteiensystemen durch das rationale Verhalten der relevanten Akteure. Theoretische Grundlage dieser Herangehensweise ist eine Modellvorstellung des politischen Wettbewerbs, in dem sich Parteien wie Wähler gemäß ihren Einstellungen zu politischen Streitfragen positionieren (Downs 1968). Zur Erfassung der jeweiligen Standpunkte dient in der Regel ein ideologisches Koordinatensystem, das für die westlichen Länder mit einer politisch-ökonomischen (rechts vs. links) und einer politisch-normativen Dimension (libertär vs. autoritär) ausgestattet ist.

⁹ Die Bedeutung des Zeitpunktes der Durchführung der Wahlen und der Einführung bestimmter Modalitäten des Wahlrechts wird im Kapitel II-2: *Politische Bühne Polens und die Wahlen* erörtert.

Im Osteuropa-Kontext hat sich Kitschelt (1992) um die *rational choice* Analyse bemüht. Er hat ein zweidimensionales Wettbewerbsmodell entwickelt, in dem Wählergruppen sowie parteipolitische Eliten nach ihren spezifischen Präferenzen positioniert werden können. Die erste Dimension bezieht sich auf den politisch-normativen Interessenkonflikt (libertär-kosmopolitisch vs. autoritär-partikularistisch), die zweite auf die jeweiligen Einstellungen zur Wirtschaftsordnung (marktwirtschaftlich vs. antimarktwirtschaftlich). Allerdings wurde auch viel Kritik gegen diesen Ansatz laut, die sich in zwei Hauptpunkten zusammenfassen lässt. Erstens scheint es höchst problematisch, bei einer akteurszentrierten Parteiensystemanalyse von einem institutionenfreien Raum auszugehen (Glaeßner 1994: 256ff.). Ein zweites Grundproblem dieses Ansatzes ist die Hypothese, dass alle Akteure lediglich ihren ökonomischen Eigennutz im Blick haben, optimal informiert sind und zudem rational entscheiden. Wenn diese Prämissen inhaltlich gefüllt und auf kollektive Akteure angewendet werden, besteht die Gefahr, dass die Interessen von sozialen Gruppen als zu homogen gefasst werden (Evans/Whitefield 1993: 536ff.). Segert (1993: 88) vertritt dazu die Meinung, dass sich die Interessen innerhalb der Gesellschaft noch nicht genügend herausgebildet haben oder schwanken und damit auch noch nicht als Hauptvariable angewendet werden können. Einen Teil der genannten Kritik hat Kitschelt in zwei neuere Ansätze (1995a, 1995b) integriert. Unter einer modifizierten Fragestellung hat er strukturelle und akteurspezifische Aspekte kombiniert, um die Entstehungsbedingungen parteipolitischer Wettbewerbsstrukturen im post-sozialistischen Kontext empirisch-vergleichend zu erfassen. Als Ausgangspunkt fungierte dabei die Überlegung, dass die Etablierung eines strukturierten Parteienwettbewerbs nicht nur von der Existenz gesellschaftlicher Konfliktlinien abhängt, sondern dass auch dem Organisationstypus der einzelnen Parteien eine tragende Rolle zukommt. Hierzu unterscheidet Kitschelt zunächst zwischen charismatischen und klientelistischen Parteien einerseits und Programmparteien andererseits.¹⁰

Das jedoch entscheidende Argument ist, dass Politik nicht wie ein idealer ökonomischer „freier“ Markt funktioniert. Der Wettstreit ist nicht perfekt, Gruppen unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich der offerierten „Produkte“ (Werte), sondern auch hinsichtlich ihrer sozialen Stellung in der Gesellschaft, ihrer Nähe zu den Zentren der politischen Entscheidungsfindung und hinsichtlich der Ressourcen, die sie zur Durchsetzung ihrer jeweiligen Wertvorstellung einsetzen können (Roßteutscher 2002: 352). In einem solchen Fall kommen die Aspekte der Sozialstruktur zum Tragen.

Aus struktureller Perspektive werden Parteien und Parteiensysteme - über einen längeren Zeitraum betrachtet - in erster Linie als Resultate gegebener gesellschaftlicher und kultureller Konfliktkonstellationen und entsprechender Veränderungen als Produkte des sozialen Wandels wahrgenommen und interpretiert (Eith/Merz 2001: 163). Dabei bleibt hier die Rolle politischer Eliten und insbesondere auch die Frage, wann und unter welchen Bedingungen Parteien ihre Programmatik

¹⁰ In Polen hat man zumindest in der Anfangsphase vor allem mit dem ersten Typ von Parteien zu tun. Sie seien zwar leichter zu organisieren, umgingen aber eine sachliche Auseinandersetzung über politische Streitfragen, da die Wähler-Parteien-Beziehung nicht auf einer bestimmten gemeinsamen Werthaltung gründe, sondern auf der persönlichen Ausstrahlungskraft des Parteiführers (Grotz 2000). Auch die Programmparteien, die an ihre innerparteiliche Organisation wie an ihre Wählerschaft höhere Ansprüche stellen, werden durch „Kampf an der Spitze“ überschattet.

und Wähleransprache tatsächlich ändern, nicht irrelevant. Die *cleavage*-Theorie verknüpft somit in der hier zugrunde gelegten Interpretation die Auswirkungen des sozioökonomischen und sozialen Wandels mit dem aktivierenden Handeln politischer Eliten. Daraus folgt, dass sie auf einer allgemeinen Ebene auf Prozesse der (Neu-)Formung sozial abgestützter Interessen und mobilisierender Aktivitäten parteipolitischer Akteure beziehbar und damit auch auf die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa anwendbar ist. Die Versuche der Anwendung des *cleavage*-Ansatzes auf Osteuropa zeigen sehr unterschiedliche Resultate, die näher in dieser Arbeit diskutiert werden; hier wird zuerst das gesamte Konzept in der westeuropabezogenen Forschung dargestellt.

2.2.3. Soziostrukturelle Analyse

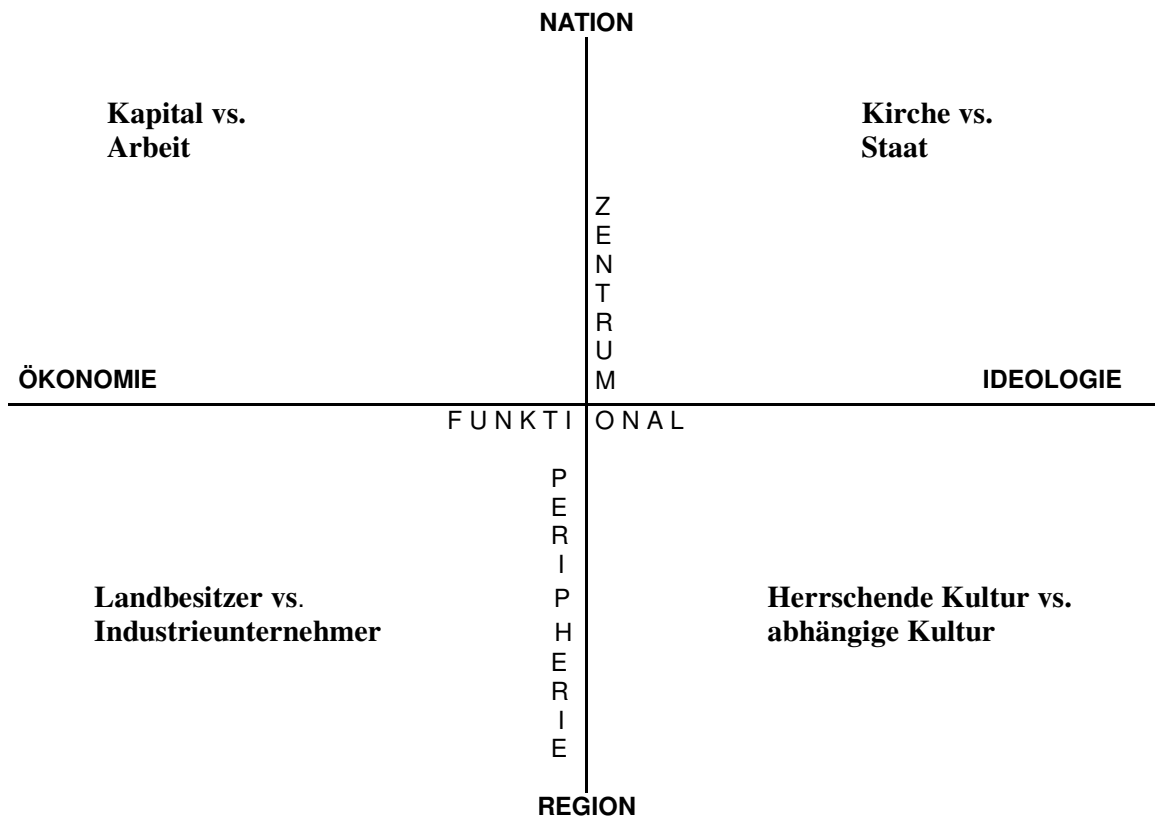
A. Das *cleavage*-Modell von Lipset und Rokkan: Historische und neue Konfliktkonstellationen

Kein anderer Beitrag hat die politikwissenschaftliche Diskussion um Ursprünge, Strukturen und Fortentwicklung des Parteiensystems so nachhaltig beeinflusst wie die *cleavage*-Theorie von Seymour M. Lipset und Stein Rokkan (1967b). Lipset und Rokkan identifizieren am Beispiel vier zentrale Konfliktfelder, die sich in einer funktionalen und territorialen Dimension gesellschaftlicher Systeme verorten und in einem Vierfelderschema als Achsen dargestellt werden können (Abbildung 1). Auf der territorialen Achse stehen sich Nation (als Zentrum) und Region (als Peripherie) gegenüber. Die Enden der funktionalen Achse bilden Ökonomie und Ideologie (Lipset/Rokkan 1967a: 9.). Idealtypische Konflikte in diesem Modell wären der Konflikt über die Kontrolle des politischen Systems am oberen Ende, lokale Oppositionen gegen die dominanten nationalen Eliten am unteren Ende der territorialen Achse sowie ökonomische Konflikte über Ressourcen, Produkte und Gewinne am linken Ende und typische ideologische Freund-Feind-Konflikte am rechten Ende der funktionalen Achse (Lipset/Rokkan 1967a: 10). Territoriale Konflikte verstehen Lipset und Rokkan als Ergebnis der Nationenbildung des 18. und 19. Jahrhunderts in Europa. Sie liegen zeitlich vor den Konflikten auf der funktionalen Ebene, welche Produkte der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts sind. Nach Ansicht der Autoren kann die europäische Geschichte seit Beginn des 19. Jahrhunderts als eine Folge des Zusammenwirkens der revolutionären Änderungen durch Nationenbildung und Industrialisierung angesehen werden (Lipset/Rokkan 1967a: 14f).

Nach Lipset/Rokkan kommt es jedoch nur dann zur Ausbildung dauerhaft institutionalisierter Konfliktlinien (*cleavages*), wenn politische Eliten entsprechende gesellschaftliche oder soziale Konflikte aufgreifen und in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen des politischen Systems parteipolitisch umsetzen. Die regelmäßige Aktivierung eines Konflikts durch Parteien fördert und erneuert die Ausprägung entsprechender politischer Identitäten und auch Parteienbindungen (Eith/Mielke 2001a: 11). Es war die wichtige Erkenntnis, wie Stein Rokkan 1980 nochmals darlegte, dass die grundsätzlichen Spaltungen, die in allen Gesellschaften in Europa zu finden waren, in

unterschiedlicher Weise und Kombination, die Grundlage für die Herausbildung nationaler Parteiensysteme bildeten. Deshalb galt es ein allgemeines Modell zu finden, das den Übergang von der „Struktur der Spaltungen über das System der Parteien bis hin zu den Verteilungen individueller Verhaltensweisen“ ermöglicht (Rokkan 1980: 120).

Abbildung 1: Das Konfliktlinienmodell nach Lipset und Rokkan



Ein *cleavage* kann also als eine institutionalisierte, in der Sozialstruktur verankerte politisch wirksame Konfliktlinie definiert werden. Sie umfasst - in einem eng an Lipset und Rokkan orientierten Verständnis - eine sozialstrukturelle, eine interessen- bzw. wertorientierte und eine parteipolitische Dimension (Knutsen/Scarborough 1995: 493-494). Mit anderen Worten wird unter einem *cleavage* ein dauerhafter politischer Konflikt, der in der Sozialstruktur verankert ist und im Parteiensystem seinen Ausdruck gefunden hat, verstanden. Die Konfliktstrukturen entstehen in bestimmten Mobilisierungsphasen und prägen dann über längere Zeiträume die Parteienlandschaften (Pappi 1977: 195).

Von den vier grundlegenden Spaltungen, die in Europa dominant geworden sind, sind zwei dominant kulturelle/ideologische und zwei dominant ökonomische *cleavages*. Sie sind alle Ausdrücke des Protestes gegen die etablierte nationale Elite und deren kulturelle Hegemonie und repräsentieren gleichzeitig eine breite Welle der Emanzipation und Mobilisierung (Lipset/Rokkan 1967a: 23). Dabei

tendiert auf beiden Seiten des Vierfelderschemas jeweils eine Spaltung zum Zentrum der territorialen Achse, die andere zur Peripherie. Die vier Hauptkonflikte sind:

1. Der Konflikt zwischen herrschender, zentraler Elite und abhängigen, ethnischen, sprachlichen oder religiösen Bevölkerungsgruppen in den Regionen.
2. Der Konflikt zwischen säkularem Machtsanspruch des Staates und den historisch erworbenen Privilegien der Kirche.
3. Der Konflikt zwischen agrarischen und kommerziell / industriellen Interessen.
4. Der Konflikt zwischen besitzender Klasse und Arbeiterklasse.

Die *cleavage*-Theorie verknüpft somit in der hier zugrunde gelegten Interpretation die Auswirkungen des sozioökonomischen und sozialen Wandels mit dem aktivierenden Handeln politischer Eliten. Daraus folgt, dass sie auf einer allgemeinen Ebene auf Prozesse der (Neu)Formierung sozial abgestützter Interessen und mobilisierender Aktivitäten parteipolitischer Akteure beziehbar und damit auch auf die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa anwendbar ist. Die genaue Begründung der Anwendbarkeit wird weiter unten folgen.

B. Parteien und *cleavages*

Zeitlich parallel zu den Spannungen, die sich aus dem Modernisierungsprozess der westlichen Industriegesellschaften ab Mitte des 19. Jahrhunderts ergaben, entstanden Parteien. Die in gesellschaftliche Konflikte involvierten Individuen bildeten Gruppen, um gemeinsam bestimmte Interessen zu vertreten. Diese Interessengruppen suchten Partner, um sich auf den verschiedenen Ebenen der politischen Entscheidungsprozesse, insbesondere auf der nationalen Ebene, erfolgreich artikulieren und auch durchsetzen zu können. Als solche Partner fungieren Parteieliten, die in Mobilisierungsphasen Koalitionen mit einem Konfliktpartner eingehen, um politische Macht zu erlangen. Im Mittelpunkt stehen Beziehungen zwischen politischen Angeboten von Parteien und politischen Einstellungsmustern in den Gesellschaften. Anhand zweier Begriffe, mit denen Stinchcombe (1975: 575) Bindungen zwischen Parteien und sozialen Gruppen beschrieben hat, kann man den Blickwinkel verdeutlichen. Hinsichtlich solcher Bindungen unterscheidet Stinchcombe die Begriffe Koalition und Allianz:

It seems more convenient to treat the policy of the party to which a given social group gives attachment on the aggregate level as a party of the sociology of different coalitions, rather than as a part of the sociology of alliances (i.e. from the point of view of the group.)

Der Begriff der Allianz geht vom Verhalten sozialer Gruppen aus Gruppenbindungen zu Parteien als solchen aus, und der Koalitionsbegriff erschließt sich aus dem auf Gruppen bezogenen Verhalten von

Parteien, das hier relevant ist. Parteieliten streben nach Macht und wollen, wenn sie Macht haben, bestimmte Vorstellungen zur Gestaltung der Gesellschaft verwirklichen. Die Unterstützung, die Parteieliten bei den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen finden, bestimmt in einem demokratischen System den Grad der Zielerreichung (Pappi 1977: 195).

Lassen sich die *cleavages* in den europäischen Nationen als gemeinsame Grundstruktur der politischen Konflikte im 19. und 20. Jahrhundert beobachten, so gehen die gleichwohl erheblichen Unterschiede nationaler Parteiensysteme auf die Wirkung der einzelnen Elemente des Modells zurück. Die Entstehung und Ausformung der jeweiligen nationalen Parteiensysteme hängt zum einen von der Wirkung und Intensität vier verschiedener Schwellen ab, die vor der Etablierung einer Partei zu überwinden sind bzw. die als unüberwindliches Hindernis die Transformation eines *cleavage* in eine entsprechende Parteienkonfiguration verhindern können (Mielke 2001: 78). Diese Schwellen sind *legitimation*, *incorporation* und *representation* und schließlich *majority power* (Lipset/Rokkan 1967a: 27). So müssen neue Parteien ihren potentiellen Wählern beweisen, dass:

1. Die artikulierte Kritik als berechtigt anzusehen ist und von den Regierenden nicht einfach als „verschwörerischer Protest“ abgetan werden kann (Legitimationsschwelle),
2. sie einen Status erreichen können, der ihnen gleiche Chancen in der Auseinandersetzung mit anderen einräumt (Integrationsschwelle),
3. sie selbst stark genug sind, um auf der politischen Entscheidungsebene mitzuwirken, ohne sich älteren Gruppierungen anschließen zu müssen (Repräsentationsschwelle),
4. sie Systemhürden in Bezug auf die Mehrheitsregeln überwinden können bzw. dass ihr Wahlerfolg genügt, um größere strukturelle Veränderungen im nationalen System durchzusetzen (Mehrheitsschwelle).

Neben diesen Schwellen entscheiden zum andern jeweils nationale Allianz- und Oppositionskonstellationen der hauptsächlichen Akteure über die konkreten Ausformungen der nationalen Parteiensysteme.

Weil es sich bei den geschilderten Konflikten um wenige grundsätzliche Gegensätze handelt, ist die Zahl der Parteien gering und die Dauerhaftigkeit der Koalitionen mit den makrosozialen Gruppen hoch. So wird die hohe Persistenz westlicher Parteiensysteme erklärt und der geringe Spielraum für die Etablierung neuer Parteien begründet (Roth 1998: 29). Die westeuropäischen Parteiensysteme weisen somit eine hohe Dauerhaftigkeit auf, die Lipset und Rokkan zu der seither vielzitierten These vom „Einfrieren“ der *cleavages* und der auf ihrer Grundlage entstandenen Parteiensysteme seit den 20er Jahren führte: *The party system of the 1960's reflect, with few but significant exeptions, the cleavage structure of the 1920's* (Lipset/Rokkan 1967a: 50).

In späteren empirischen Langzeitanalysen bestätigten Rose und Urwin (1970) ebenso wie Bartolini und Mair (1990) diese Befunde: Neue Parteien, die die Wahlerfolge der etablierten Parteien in Frage gestellt hätten, entstanden praktisch nicht. Die Stabilität aller westeuropäischen Parteiensysteme – mit Ausnahme von Frankreich, Deutschland und Italien – sei seit den 20er Jahren zu keinem Zeitpunkt ernsthaft gefährdet gewesen. Gegen diese sogenannte Stabilitätsthese haben

erstmalig Dalton (1984) und jüngst auch Lane und Ersson (1994) sowie Pennings (1997) argumentiert. Sie behaupten, dass westeuropäische Parteiensysteme instabiler geworden seien, weil sowohl auf der Mikro-Ebene (Wahlverhalten) als auch auf der Makro-Ebene (Strukturen des Parteienwettbewerbs) von Parteiensystemen mehrere Veränderungstendenzen eingetreten seien (vgl. Katz/Mair 1995, Koole 1996). Unter anderem seien in allen westeuropäischen Parteiensystemen in den vergangenen zwanzig Jahren neue grüne und/oder rechtspopulistische Parteien entstanden, die die etablierten Parteien elektoral herausforderten (vgl. Kitschelt 1997, Ignazi 1997, Müller-Rommel 1998).

Die Stabilitätsthese konnte weder eindeutig bestätigt noch eindeutig widerlegt werden. Einige Autoren unterstellen einen weitreichenden Wandel, der an der zunehmenden Volatilität des Wählerverhaltens ablesbar sei. Sie führen ihn auf eine Neuformierung der gesellschaftlichen Konfliktlinien zurück. Andere Autoren wollen keinen oder nur einen geringen Wandel ausmachen, was auf den Fortbestand der ursprünglichen Konfliktlinien schließen ließe. Außerdem gibt es Autoren, die sogar so weit gehen zu behaupten, dass die Persistenzthese, so wie sie bei Lipset/Rokkan formuliert ist, einen empirischen Test im Grunde gar nicht gestatte, weil der beschriebene Zusammenhang „kontingent“ sei: Parteiensysteme reflektierten die zentralen gesellschaftlichen Konfliktlinien lediglich, seien aber nicht abschließend durch diese bestimmt. Die Konfliktlinien selbst und ihr Verhältnis zueinander würden bei Lipset und Rokkan zudem ausschließlich historisch betrachtet (Lybeck 1985).

Zusammengefasst weist eine solche empirische Bestandsaufnahme auf vielschichtige Veränderungen innerhalb der westeuropäischen Parteiensysteme hin, die über die ursprüngliche *cleavage*-Theorie hinausweisen. Unabhängig jedoch davon, ob die von Lipset/Rokkan identifizierten Spannungslinien an Bedeutung verloren haben und durch anders geartete Konflikte überlagert worden sind, ob es sich dabei um eine Ablösung oder lediglich um eine Modifizierung handelt, ist für diese Analyse wichtig, ob die *cleavages* als generalisierte und institutionalisierte Interessendimensionen gelten, vor deren Hintergrund spezifische politische Positionen geschildert werden können. Ein wichtiger Aspekt ist dabei, ob das *cleavage*-Modell auch mit Blick auf die „neuen“ Streitfragen offen für eine Adaption ist. Im Folgenden soll es auf seine Brauchbarkeit für die Beschreibung von neueren Entwicklungstendenzen hin untersucht werden.

C. *Cleavages* und neue Streitfragen in Westeuropa

Mielke (2001: 79) stellt die Frage, ob die *cleavages* bei Lipset und Rokkan nicht allgemeiner und abstrakter formuliert werden können. Lipset und Rokkan setzen die Konflikte in einen engen Zusammenhang zu vergleichsweise präzise eingegrenzten historischen Etappen wie der nationalen Revolution oder der industriellen Revolution, ohne die Möglichkeiten systematisch auszuleuchten, ob die zu diesen historischen Zeitpunkten erstmalig zu identifizierenden *cleavages* nicht in abstrakterer Form generelle Konflikte moderner Gesellschaften und ihrer Staatlichkeiten sind, die weit über die

historischen Phasen hinausreichen. Nach einer derartigen Enthistorisierung der *cleavages* entstünde - nach Mielke - ein brauchbares Instrument zur Beschreibung nicht nur der Veränderung eines Parteiensystems, sondern auch der Transformationen der *cleavages* im weiteren Verlaufe der gesellschaftlichen und kulturellen Modernisierung.

Die Frage nach Möglichkeiten einer Generalisierung der bei Lipset und Rokkan festgelegten Konflikte scheint nicht unbegründet zu sein, wenn man die Veränderungstendenzen in den etablierten Parteien Westeuropas, die mit dem Begriff „Aufweichen von traditionellen *cleavages*“ umschrieben werden können, betrachtet (Müller-Rommel 1998: 425). Kamen in der Vergangenheit den Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Staat sowie insbesondere zwischen Kapital und Arbeit die größte politische Wirkung zu, so wurden diese beiden traditionellen Konfliktlinien in den letzten zwei Jahrzehnten mehr und mehr transformiert oder überlagert. Der aktuelle politische Wettbewerb wird vor allem durch die Frage nach der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik, durch die Auswirkungen des postmaterialistischen Wertewandels sowie zunehmend auch wieder durch Zentrum-Peripherie-Konflikte bestimmt (Eith 2001b: 325).

Dieses Aufweichen traditioneller *cleavages* geht einher mit neuen Angebotsstrukturen im Parteienwettbewerb: Seit den späten 60er Jahren verfestigten sich in Westeuropa Parteien, die einen neuen kulturellen Konflikt, der durchaus auch als aktuelle Variante eines generellen Gegensatzes Traditionalismus vs. Modernisierung interpretiert werden kann, institutionalisierten (Allardt 1968). Spätestens mit Ingleharts (1977: 1989) detaillierten Untersuchungen zum Wertewandel in modernen Industriegesellschaften zeichneten sich die Konturen des *realignment* dieser neuen, polarisierenden Konfliktlinie ab. Bei großen Teilen der Nachkriegsgenerationen, aufgewachsen unter materiell gesicherten Verhältnissen, zeigten sich seit den 70er Jahren Einstellungs- und Werteverchiebungen. Vor dem Hintergrund einer allgemeinen Ausbreitung individueller Freiheits- und Entfaltungswerte (Klages 1984) haben sich in den 80er Jahren bei den jüngeren Generationen postmaterialistische Einstellungen mit den Leitwerten Frieden, Umweltschutz und Emanzipation durchgesetzt. Es konnte sich eine alternative Subkultur etablieren, die den neuen grün-alternativen Parteien Westeuropas in den 90er Jahren zum erfolgreichen Durchbruch verhalf (Veen 1988). Die Wirkungsmacht dieser Konfliktlinie reicht inzwischen jedoch weit über Parteiengründungen hinaus. Seit Jahren haben alle großen europäischen Parteien in Abstufungen ökologische und emanzipatorische Politikangebote in ihre Programmatik integriert.

Die Parteien sind auch auf neue Themen, die im Umfeld der europäischen Integration entstanden, eingegangen. Da im Rahmen der europäischen Integration vorhandener Konfliktstoff auf die einleitend angesprochenen Auslegungsoffenheiten des Primär- und Sekundärrechts, der hiermit verfolgten Integrationsziele und -politiken sowie der tatsächlichen Ausweitung von EG/EU-Politiken beruht, sind Parteien aufgefordert, unterschiedlich ausgeprägte Interpretationen und hiermit verbundene Strategien vorzulegen.

Ausgehend von Gesellschaftskonflikten formuliert Gaffney (1997: 5) für die Europapolitik die These, dass Kollision und Konflikt zwischen Parteien von der ökonomischen und politischen Integrationstiefe abhängen.¹¹

Andere Untersuchungen (Marks/Wilson 2000) haben gezeigt, dass soziale *cleavages*, die die Identität der politischen Parteien und ihren Wettbewerb historisch geprägt haben, immer noch Aussagekraft über die Positionierung der politischen Parteien gegenüber neuen politischen Problemen besitzen. Dementsprechend haben sie Einfluss auf die Positionen der Parteien zu Fragen der europäischen Integration. Die in den westeuropäischen, politischen Systemen dominierenden Parteien sind daran interessiert, die Frage der europäischen Integration in die existierenden Muster des Parteienwettbewerbs einzubauen. Das bedeutet aber nicht, dass die etablierten Parteien nicht in der Lage sind, sich ideologisch zu ändern, oder unfähig wären sich neuen Fragen zu stellen, sondern lediglich, dass etablierte Parteien neue Probleme in ihre bereits existierenden Ideologien assimilieren. Marks und Wilson (2000: 433) haben die *cleavages* als kraftvolle, konzeptionalistische und theoretische Werkzeuge benutzt, um die Stellungen der nationalen politischen Parteien zur europäischen Integration in den Jahren 1984 bis 1996 zu untersuchen.

We find that the cleavage approach to party politics provides us with a powerful set of conceptual and theoretical tools for understanding the positions of national political parties on European integration over the period 1984-96.

Ähnliche Analysen hat Detlef (1999) über die skandinavischen Parteien und deren Einstellung zum EU-Beitritt in den Referenden des Jahres 1994 durchgeführt. Das Ergebnis der Studie deutet darauf hin, dass die gesellschaftlichen *cleavages* eine hohe Erklärungskraft für die Positionen der Parteien in der EU-Integrationsfrage besitzen. In den weiteren Analysen wird an diese Herangehensweise angelehnt. Maurer (1998) geht in seinem Beitrag der Frage nach, wie politische Parteien in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union den europäischen Integrationsprozess beurteilen, bewerten und ihre eigenen Positionen zu dessen Fortgang formulieren. Er nimmt an, dass sich ein Wandel im europapolitischen Grundverständnis der Parteien im Verlauf des Verhandlungs-, Ratifizierungs- und Implementierungsprozesses zum Vertrag über die EU (EU-Vertrag) vollgezogen und eine interessengeleitete Mobilisierung der Parteien in Bezug auf die Integrationspolitik, eine Polarisierung der europapolitisch aktiven Eliten und eine Intensivierung der integrationspolitischen Diskurse stattgefunden hat.¹² Inglehart und Minkenberg (2000) kommen zu dem Schluss, dass im

¹¹ Arbeiten von Peters und Ladrech stützen die Vermutung, dass die abgedeckten Integrationsfelder der EWG bis zum Beginn der ersten Reformverhandlungen über die Gründungsverträge relativ begrenzt waren und sich der Problemverarbeitungsprozess vor allem auf der Ebene technokratischer Eliten (Peters 1992: 77) unter weitgehendem Ausschluss ideologischer Ladungen vollzog (Ladrech 1995: 8-11). Mit der Einheitlichen Europäischen Akte und dem Vertrag über die EU vergrößerte sich folglich der Raum für mögliche Konflikte über die Zielrichtung und materielle Tiefe des Integrationsprozesses (Maurer 2001: 309).

¹² Der Maastrichter Vertrag wurde – ähnlich wie der darauf folgende Nizzaer Vertrag sowie die vorangegangenen Verträge und Reformen – nicht als endgültig, sondern als Stufe oder Etappe eines Weges begriffen, dessen finaler Aggregatzustand noch nicht zu deuten ist. Durch diese Unbestimmtheit der Verträge öffnen sich Interpretationsspielräume für europäische und nationale Akteure und bieten damit Raum für einen öffentlichen Sinngebungsdiskurs. Die demokratische und effiziente Ausgestaltung der EU wird in einer Weise formuliert, die es den integrationspolitisch interessierten oder mittelbar involvierten Akteuren ermöglicht, den

Zuge der Osterweiterung die europäische Integration als *issue* im gesamteuropäischen Parteienwettbewerb an Bedeutung gewinnen und seine und polarisierende Wirkung zunehmen wird.

2.3. Zusammenfassung

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die europäische Integration einen erheblichen Einfluss auf den Parteienwettbewerb haben kann, dieses sowohl in den alten als auch in den neuen Mitgliedstaaten, wo er zudem mit dem Transformationsprozess verbunden ist. Die politischen Parteien begleiten diesen Prozess, indem sie die europapolitischen Entscheidungen auf staatlicher Ebene anregen, kontrollieren und den Bürgern vermitteln. Aus Sicht der neo-funktionalistischen Integrationstheorie stellen Parteien *more important carriers of political integration (...) than even supranationally organized groups* (Haas 1964: 437) dar. Generell wirken sie als

Zwischenglieder, welche die komplexen gesellschaftlichen Vorstellungen und Bedürfnisse kondensieren, die hiermit verbundene Reduktionsleistung in Gestalt generalisierender Handlungsprogramme für den Staat zur Auswahl stellen und auf der Grundlage des vom Volk mehrheitlich ausgewählten Programms den staatlichen Entscheidungsprozess mitprägen (Jasmut 1995: 23).

Jasmut definiert hiermit die Rolle von Parteien, die andere auch als Element von Systemen politischer Interessenvermittlung bzw. als *linkage between institutions and constituencies within the polity*¹³ gesehen haben.

Parteien repräsentieren, aggregieren und artikulieren nach wie vor einen wesentlichen Teil gesellschaftlicher Spaltungen und Konflikte, die sich im Verlauf der Nationalstaatsbildung sowie der Industrialisierung herausgebildet haben und staatenübergreifend einem Werte- und Orientierungswandel unterworfen sind (Inglehart 1977). Auf dieser Grundlage kooperieren und konkurrieren Parteien mit- und untereinander. Hiermit wird unter anderem das Ziel verfolgt, den politischen Entscheidungsbildungsprozess zu beeinflussen und im Idealfall die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Vor diesem Hintergrund stellen sich Fragen nach den europapolitisch relevanten Gesellschaftskonflikten: Wenn europäische Integration mehr oder minder unumstritten ist, dann sehen auch Parteien keine Veranlassung zur Stellungnahme. Wenn aber das Integrationsprojekt Stoff zum öffentlichen Konflikt bietet, dann werden Parteien diesen auch aufgreifen müssen, um die Beziehung

Vertrag damals und die Verfassung jetzt, die auch nicht die Finalität europäischer Integration bedeutet, als Element ihrer Konzepte und Strategien zu akzeptieren und zu nutzen.

¹³ In Anlehnung an Gaffney fungieren Parteien als Orte der Kreation von Ideologien, Interessen und Doktrinen, in denen sich Ideen widerspiegeln, welche im nationalen Zusammenhang mit dem Zweck der Regierungsübernahme verbunden sind. Unabhängig von dieser, dem Wettbewerb um Regierungsmacht zugeordneten Funktion, werden in den inhaltlichen Positionen der Parteien normative Wertungen und Vorstellungen über die Gesellschaft deutlich. vgl. Gaffney 1997: 1-2 auch Hix/Lord 1997: 7-10.

zwischen Gesellschaft und Partei aufrechtzuerhalten, wenn nicht sogar zu stärken (Maurer 1998: 308).

Das *cleavage*-Modell von Lipset/Rokkan wird auf seine Brauchbarkeit für die Beschreibung von neueren Entwicklungstendenzen in Polen im Weiteren ausführlich behandelt. Dabei richtet sich die Aufmerksamkeit auf die Frage, ob die *cleavages* als generalisierte und institutionalisierte Interessendimensionen gelten, vor deren Hintergrund spezifische politische Positionen geschildert werden können. Entscheidend bleibt in diesem Zusammenhang die Frage nach den gesellschaftlichen Spannungslinien in der polnischen Gesellschaft, vor allem nach jenen, die von den Parteien artikuliert werden und das polnische, politische System polarisieren. Das zentrale Erkenntnisinteresse richtet sich darauf zu untersuchen, inwieweit die *cleavages* eine Aussagekraft für die EU-Standpunkte der polnischen Parteien haben.

Obwohl die Parteien Osteuropas, darunter auch Polens, starke Beachtung in der wissenschaftlichen Forschung finden, sind doch erhebliche Desiderata zu konstatieren:

- Das polnische Parteiensystem wurde überwiegend nur in vergleichenden Studien über osteuropäische Parteiensysteme integriert, es mangelt daher an detaillierter Einzelfallanalyse.
- Generell mangelt es bei der vergleichenden Betrachtung von Parteien an systematischer, empirischer Forschung. Zwar liegen mittlerweile viele generalisierende Beobachtungen vor. Allerdings wurden sie bislang nur selten empirisch getestet. Angesichts der vielfältigen theoretisch-konzeptionellen Vorarbeiten dürfte die Zeit reif sein, um in eine Phase der Feinanalysen einzutreten.
- Parteien werden in der Regel als abhängige Variablen erforscht. Sie sind aber auch Akteure im Prozess der demokratischen Konsolidierung
- Die Frage nach der Europavision beinhaltet die Frage nach der Vorstellung der eigenen Gesellschaft und des eigenen Staates. Daher kann man gegenwärtig von einem besonderen Gewicht dieser Konfliktlinie „pro und kontra EU“ für das polnische Parteiensystem sprechen.

Ágh (1995: 491) bemängelt mit Recht, dass sich die Parteienforschung bezüglich Osteuropa in erster Linie mit den Parteiensystemen bzw. mit dem Parteiwesen insgesamt befasse und darüber die Analyse einzelner Parteien vernachlässige. Mit der vorliegenden Arbeit hofft der Autor diese Lücke in Bezug auf die polnischen Parteien mit besonderem Blick auf ihre Europaeinstellungen zu schließen. Dadurch wird natürlich nicht der Anspruch auf eine vollständige Analyse gestellt, aber durch hier aufgezeigte Tendenzen, die von Bedeutung für das Verständnis der Entwicklungen auf der politischen Szene und ihre Rückwirkungen auf die EU sind, wird ein konstruktiver Beitrag für die Diskussion über die Parteien in Polen geleistet.